



## Geschäftsbericht 2020

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission  
vom 2. Juni 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

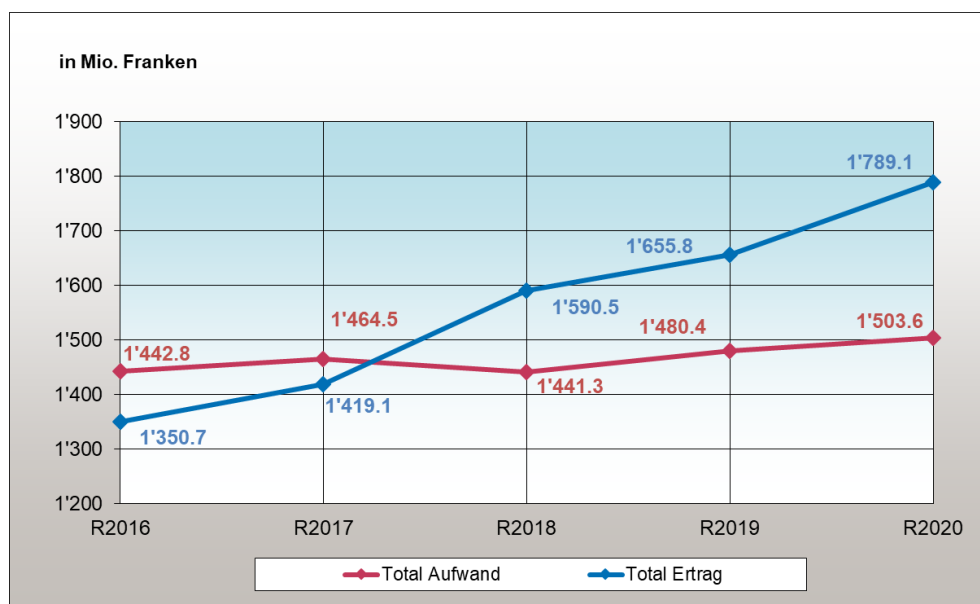
Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat den Geschäftsbericht 2020 (Vorlage Nr. 3224.1 - 00000) an der ganztägigen Sitzung vom 2. Juni 2021 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler haben auch Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Walter Hunziker, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teilgenommen. Alt-Landammann und Bildungsdirektor Stephan Schleiss war zeitweise anwesend, um zusammen mit dem Finanzdirektor über den aktuellen Stand der COVID-19-Massnahmen zu informieren. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

	Seite
1. Ausgangslage	1
2. Eintretensdebatte	4
3. Berichterstattung der Finanzkontrolle	4
4. Hinweise zur ganzen Verwaltung	6
5. Jahresbericht des Regierungsrats (Seiten 5–32)	8
6. Bericht zur Jahresrechnung (Seiten 35–48)	8
7. Detailinformationen (Seiten 51–64)	8
8. Detailberatung nach institutioneller Gliederung (Seiten 67–380)	8
9. Bilanz (Seiten 383–387)	15
10. Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 391–406)	15
11. Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten (Seiten 409–417)	16
12. Separatfonds (Seiten 421–425)	16
13. Finanzstatus	17
14. Berichterstattung über COVID-19-Massnahmen	17
15. Anträge	19

### 1. Ausgangslage

#### 1.1. Übersicht

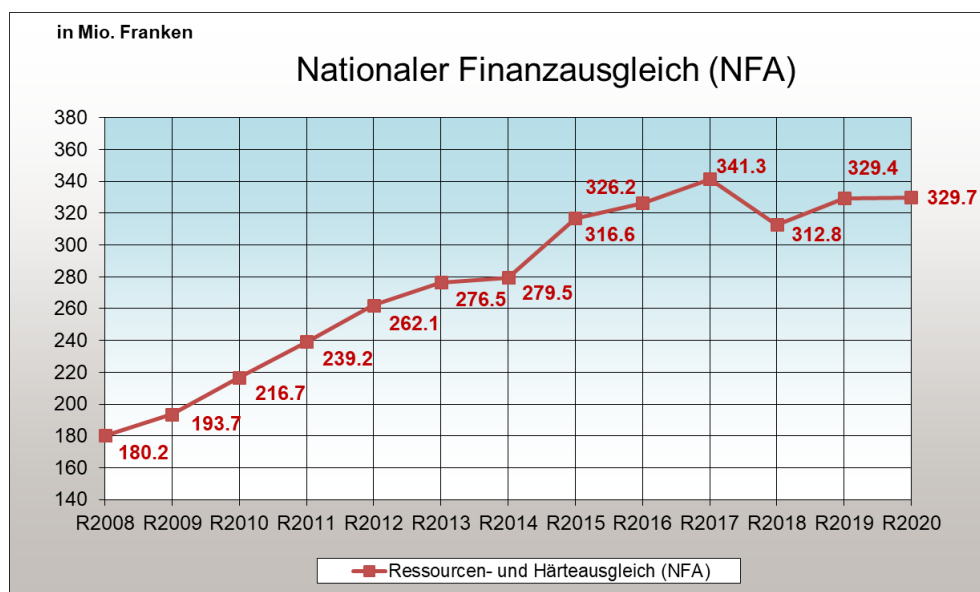
Der Jahresabschluss 2020 weist einen Ertragsüberschuss von 285,5 Millionen Franken aus. Dabei handelt es sich um ein Rekordergebnis, zu dem einerseits hohe Erträge beigetragen haben, während andererseits die Aufwände tiefer ausfielen als budgetiert. Gegenüber dem Budget ergibt sich eine positive Differenz von 137,5 Millionen Franken. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung von Aufwand und Ertrag in den letzten fünf Jahren:



## 1.2. Aufwände

Gesamthaft gesehen haben in der Jahresrechnung 2020 die Aufwände das Budget um 33,3 Millionen Franken oder 2,2 Prozent unterschritten. Davon betrafen 14,4 Millionen Franken tiefere Abschreibungen, da die Nettoinvestitionen rund ein Drittel unter dem Budget lagen. Im Weiteren resultierten bei den Personal- und Sachaufwänden Budgetunterschreitungen von 5,8 bzw. 4,4 Millionen Franken.

Mit 329,7 Millionen Franken bildet der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) eine gewichtige Aufwandposition. Durch den Kompromiss der Konferenz der Kantone zur besseren und gerechteren Ausgestaltung des Finanzausgleichs, der im Juni 2019 vom Bundesparlament beschlossen worden ist, stabilisierte sich der Zuger Beitrag in den letzten beiden Jahren:



Die Stawiko mahnt jedoch zur Vorsicht: Die Berechnung des Ressourcenausgleichs basiert auf einem Index der kantonalen Ressourcen- bzw. Steuerpotenziale. Wenn sich diese verändern, kann

sich die Belastung für den Kanton Zug in späteren Jahren wieder markant erhöhen. Der Finanzdirektor informierte, dass im Finanzplan für das Jahr 2025 350 Millionen Franken für den NFA eingestellt werden.

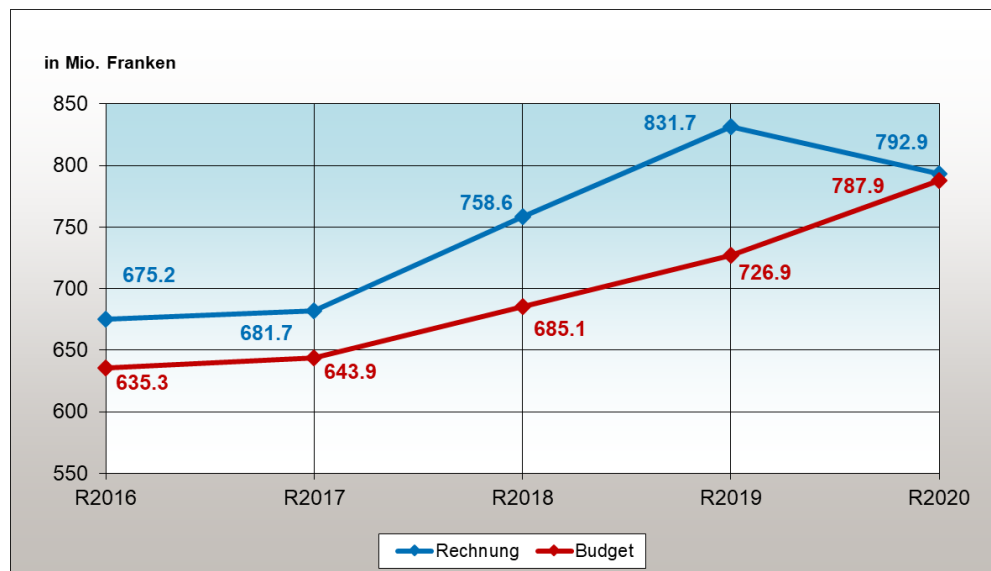
### 1.3. Erträge

Auf der Ertragsseite betrugen die Abweichungen zum Budget plus 104,2 Millionen Franken oder 6,2 Prozent. In erster Linie ist dies auf aussergewöhnlich hohe Einnahmen beim Anteil an der direkten Bundessteuer sowie auf die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, die vier Mal höher als budgetiert ausfiel, zurückzuführen.

Hinweis: Der kantonale Anteil an der direkten Bundessteuer wird nicht als Fiskalertrag verbucht, sondern als Transferertrag.

#### 1.3.1. Fiskalertrag

Der Fiskalertrag setzt sich aus den Kantonssteuern und den Verkehrsabgaben zusammen. Er lag um 5,0 Millionen Franken oder 0,6 Prozent über dem Budget und somit im erwarteten Rahmen. Der Kantonssteuerertrag hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:



### 1.4. Finanzielle Aussichten

Der Finanzdirektor informierte über die finanziellen Aussichten wie folgt:

- Im Budget 2021 wurde ein Ertragsüberschuss von 33,1 Millionen Franken erwartet. Die aktuellen Indikatoren weisen darauf hin, dass die Jahresrechnung 2021 trotz der coronabedingten Mehrbelastungen klar besser abschliessen wird.
- Die ersten Auswertungen für das Budget 2022 zeigen weiterhin ein sehr positives Ergebnis.
- Auch für die Planjahre 2024 und 2025 erwartet der Regierungsrat nachhaltig positive Jahresabschlüsse.

Diese Einschätzungen stützen sich auf den aktuellen Wissensstand und sind noch mit Unsicherheiten verbunden.

Die Stawiko hat sich erkundigt, wie sich der von der G7 beschlossene **globale Mindest-Gewinnsteuersatz von 15 Prozent** für internationale Unternehmen mit Umsätzen von über 750 Millionen Euro auf die Zuger Staatsrechnung auswirken könnte. Der Finanzdirektor informierte, dass die Konsequenzen in einer Arbeitsgruppe mit Bund und Vertretern der Kantone besprochen werden. In dieser Arbeitsgruppe wird auch er selbst vertreten sein. Der Grundtenor deute darauf hin, dass die

Schweizer Steuergesetzgebung – wenn und soweit möglich – nicht fundamental angepasst werden soll. Einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen solle mit Kompensationsmöglichkeiten entgegengewirkt werden soll. Auch im Kanton Zug führt die Finanzdirektion Gespräche mit Unternehmen und Experten. Es ist möglich, dass die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bereits im Dezember 2021 einen Beschluss fasst, der dann mit einer kurzen Übergangszeit umgesetzt werden müsste.

## **2. Eintretensdebatte**

Der Geschäftsbericht 2020 liegt mit Datum vom 16. März 2021 in gedruckter Form vor. Der Bericht wurde erstmals im kantonalen Dienstleistungszentrum (DLZ) gedruckt und gebunden, wodurch die externen Layout- und Druckkosten entfielen. Der Geschäftsbericht umfasst den Jahresbericht des Regierungsrats, die Jahresrechnung sowie die Berichterstattung der Direktionen und Ämter in der institutionellen Gliederung. Ebenfalls enthält er die Jahresabschlüsse der richterlichen Behörden, der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie der Separatfonds.

Der Geschäftsbericht ist eine Vorlage, auf die der Kantonsrat zwingend eintreten muss. In § 41 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung ist festgelegt, dass er über die vom Regierungsrat jährlich abzulegende Staatsrechnung Beschluss zu fassen hat. Eintreten war somit in der Stawiko unbestritten.

Bei der Vorbereitung zur heutigen Beratung haben die Stawiko-Delegationen den Direktionen detaillierte Fragen gestellt. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Die Stawiko bedankt sich bei allen Beteiligten für die Beantwortung der Fragen und für die weiterführenden Auskünfte anlässlich der Visitationen.

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombuds- und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität verschafft. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die uns bei der Beratung vorlagen.

Die Stawiko dankt dem Regierungsrat und allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, der Schulen und der Richterlichen Behörden für ihre Arbeit, die sie für unseren Kanton leisten. Sie alle tragen dazu bei, dass der Kanton Zug erfolgreich unterwegs ist.

## **3. Berichterstattung der Finanzkontrolle**

### **3.1. Jahresrechnung 2020**

Die Finanzkontrolle führt während des Jahres Amtsrevisionen durch, welche insbesondere die Erfolgsrechnung betreffen. In der Regel kommt ein Amt einmal in vier Jahren an die Reihe. Die entsprechenden Berichte sind in einem Arbeitsraum in iZug abgelegt, zu dem alle Mitglieder der Stawiko jederzeit Zugriff haben.

Im Rahmen der Abschlussrevision der Staatsrechnung prüft die Finanzkontrolle insbesondere die Bilanz und die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften. Im Bericht Nr. 43-2021 vom 19. Mai 2021 empfiehlt die Finanzkontrolle aufgrund der stichprobenweise durchgeführten Prüfungen der Ordnungs- und Rechtmässigkeit, die Jahresrechnung 2020 mit einem Ertragsüberschuss von 285,5 Millionen Franken zu genehmigen.

### 3.2. Oberaufsicht der Stawiko

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Sie übt zudem in finanziellen Belangen die Oberaufsicht (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle aus.

Der Stawiko-Präsident hat sich bei der Finanzkontrolle (FIKO) erkundigt, welche Erkenntnisse sie bei ihren Prüfungstätigkeiten bezüglich der Oberaufsicht der Stawiko über die kantonale Verwaltung gewonnen hat. Die Finanzkontrolle hält gemäss §§ 47–49 des Finanzhaushaltgesetzes (BGS 611.1) in ihren Berichten jeweils folgende Sachverhalte fest:

- Hinweise
- Empfehlungen
- Beanstandungen
- Hinweise auf strafbare Handlungen

In den Jahren 2020 und 2021 gab es verwaltungsintern keine Hinweise auf strafbaren Handlungen. Im Zusammenhang mit den COVID-Unterstützungsmassnahmen kann dies bezüglich einzelner Antragssteller nicht ausgeschlossen werden.

➔ **Aufforderung an die Finanzdirektion:**

Die Stawiko erwartet, dass die Prozesse so organisiert sind, dass Missbräuche bei den COVID-19-Härtefällen ausgeschlossen werden können. Der Finanzdirektor wird die engere Stawiko an einer der nächsten Sitzungen über die getroffenen Massnahmen informieren.

Bei den Amtsrevisionen ergaben sich neben zahlreichen Empfehlungen und Hinweisen im Jahr 2020 keine und im Jahr 2021 zwei Beanstandungen:

- Handelsregister- und Konkursamt bezüglich fehlender wesentlicher Abgrenzungen (FIKO-Bericht Nr. 34-2021);
- Steuerverwaltung betreffend Abstimmungsproblemen mit der Staatsbuchhaltung (FIKO-Bericht Nr. 35-2021).

Die Stawiko wurde informiert, dass diese beiden Beanstandungen keinen wesentlichen Einfluss auf die Ordnungs- und Rechtmässigkeit des Jahresabschlusses 2020 haben.

Bezüglich der Oberaufsicht in finanziellen Belangen (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle ergaben sich in den Jahren 2020 und 2021 bei den Amtsrevisionen neben einigen Empfehlungen und Hinweisen keine Beanstandungen.

Die Stawiko erhält jeweils alle Berichte der Finanzkontrolle und fragt bezüglich der Beanstandungen sowie den Empfehlungen bei den nächsten Visitationen nach. Die Finanzkontrolle führt eine Kontrolle über die Pendenzen und informiert den Stawiko-Präsidenten, falls die Beanstandungen durch die betroffenen Ämter nicht behoben werden sollten. Aktuell besteht diesbezüglich seitens Stawiko kein Handlungsbedarf.

Im Weiteren informierte die Finanzkontrolle, dass bei Projekt- und Kreditabrechnungen weiterhin Verbesserungen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen sind. Nach wie vor sind zum Teil noch die Themen Kreditfreigabe, Ausgabenvollzugsentscheide, Zuordnung von Soll- und Ist-Kosten auf das alte oder neue Strassenbauprogramm sowie die Frage «neue oder gebundene Ausgaben» bei Wasserbauprojekten Gegenstand von Diskussionen, die sich jedoch auf Abrechnungen früherer Jahre beziehen. In den Jahren 2020 und 2021 gab es keine Beanstandungen und somit besteht

diesbezüglich auch hier kein Handlungsbedarf von Seiten der Stawiko. Die Stawiko-Delegationen erkundigen sich jeweils bei den Visitationen bezüglich der Empfehlungen und des Standes der Umsetzung.

Die Prüfung von Internen Kontrollsystemen (IKS) ist eine Schwerpunktaufgabe der Finanzkontrolle. Der Regierungsrat hat am 3. November 2020 durch eine Änderung der Finanzhaushaltsverordnung (BGS 611.11) in einem neuen § 18 beschlossen, dass alle Ämter der kantonalen Verwaltung bis Ende 2022 ein IKS implementiert haben müssen, und zwar mindestens mit dem von der Stawiko geforderten Reifegrad «Standardisiert». Dieses Projekt läuft und wird von der Finanzdirektion und der Finanzkontrolle begleitet.

#### **4. Hinweise zur ganzen Verwaltung**

##### **4.1. Budgetkreditüberschreitungen**

Gestützt auf § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes (BGS 611.1) ist die engere Stawiko jeweils zu informieren, wenn bei gebundenen Ausgaben das Budget wesentlich überschritten wird. Von einer wesentlichen Abweichung kann in der Praxis gesprochen werden, wenn diese mehr als 10 Prozent der Kreditsumme oder mehr als 100 000 Franken beträgt. Damit ist eine Richtschnur vorgegeben, jedoch muss die Wesentlichkeit in jedem Fall durch die Organisationseinheit individuell beurteilt werden. In Bezug auf die Jahresrechnung 2020 hat die engere Stawiko von folgenden sieben Beschlüssen des Regierungsrats (RRB) Kenntnis genommen:

- RRB vom 17. Dezember 2019 betr. Hochwasserschutz Lorze Letzi, Stadt Zug (Fr. 80'000);
- RRB vom 2. Juni 2020 betr. Programm Zug+: Weiterzuverfolgende Massnahmen (Fr. 220'000 externe Projektkosten);
- RRB vom 23. Juni 2020 betr. Neuregelung der Beteiligung des Kantons an den Elternbeiträgen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Fr. 220'000);
- RRB vom 30. Juni 2020 betr. Abgeltungsbetrag für die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf Zuger Seen für das Leistungsangebot 2020 und Aufteilung unter den öffentlichen Gemeinwesen (Fr. 1'070'000);
- RRB vom 30. Juni 2020 betr. Belegung des zweiten Obergeschosses Zugerstrasse 50a, Steinhäusern, Labor- und Verwaltungsgebäude (Fr. 290'000);
- RRB vom 27. Oktober 2020 betr. COVID-19; Übernahme der Kosten für Beatmungsgeräte im Kanton Zug (Fr. 258'480);
- RRB vom 10. November 2020 betr. Sanierung der Nordfassade Zuger Kantonsspital, Baar (Fr. 950'000).

Im laufenden Jahr 2021 hat die Stawiko festgestellt, dass für Dritte, die Leistungen für den Kanton erbringen, nicht budgetierte Beiträge anfallen. Auch bei rein verwaltungsinternen Budgetkreditüberschreitungen hat sich die Stawiko schon überzeugt gezeigt, dass bei einer vorausschauenden und frühzeitigen Planung die korrekte Aufnahme von Ausgaben im Budget möglich gewesen wäre. Entsprechende Rückmeldungen der Stawiko ergehen jeweils an den Regierungsrat mittels Protokolleinträgen.

##### **➔ Aufforderung an den Regierungsrat:**

Die Stawiko erwartet, dass der Kanton von den externen Leistungserbringern verlangt, frühzeitig über ihre finanziellen Bedürfnisse zu informieren, damit die kantonalen Beiträge im ordentlichen Budgetprozess berücksichtigt werden können. Auch bei rein verwaltungsinternen Projekten wird eine entsprechend vorausschauende und frühzeitige Planung erwartet.

#### 4.2. Personalstellen

Die Personalstellenübersicht, die der Stawiko bei der Beratung jeweils vorliegt, findet sich in der Beilage 1 zu diesem Bericht. Per Ende 2020 waren insgesamt 1881 Personalstellen in der kantonalen Verwaltung und bei den richterlichen Behörden besetzt. Budgetiert waren drei Stellen weniger. Es gilt zu beachten, dass es sich bei dieser Aufstellung um eine Momentaufnahme handelt, d. h. es können sowohl Überschneidungen bei Neubesetzungen wie auch Vakanzen von neu zu besetzenden Stellen vorliegen.

#### 4.3. Mutationsgewinne

Die Stawiko hat sich erkundigt, wie hoch die Mutationsgewinne im Jahr 2020 waren. Bei der Neubesetzung von Stellen entsteht insbesondere dann ein Mutationsgewinn, wenn neue jüngere Mitarbeitende weniger verdienen als die zu ersetzenden älteren Mitarbeitenden.

Im Nachgang zur Sitzung informierte das Personalamt, dass im ganzen Kanton im Jahr 2020 Mutationsgewinne von rund 135 000 Franken angefallen sind.

#### 4.4. Zeit- und Ferienguthaben

Die Rückstellung für aufgelaufene Überstunden-, Arbeitszeit- und Ferienguthaben betrug 11,0 Millionen Franken und somit 736 000 Franken mehr als im letzten Jahr. Der Stundensaldo stieg um 9121 auf insgesamt 152 828 Stunden.

Die grössten Veränderungen über 100 000 Franken ergeben sich bei:

- Zuger Polizei (+142 000 Franken), hauptsächlich bedingt durch Einsätze und Mehrarbeit im Zusammenhang mit COVID-19.
- Kaufmännisches Bildungszentrum (+122 000 Franken), hauptsächlich durch vermehrte Stellvertretungen (Lehrpersonen) aufgrund von Ausfällen und COVID-19.
- Amt für Gesundheit (+118 000 Franken) bedingt durch Mehreinsätze im Rahmen von COVID-19.

Die Forderung der Stawiko, die aufgelaufenen Zeit- und Ferienguthaben in der kantonalen Verwaltung kontinuierlich zu reduzieren, konnte somit auch in diesem Jahr nicht erfüllt werden.

➔ **Aufforderung an die Finanzdirektion:**

Über dieses und weitere Themen sollen die Direktionen den Stawiko-Delegationen jeweils bei den Visitationen in standardisierter Form Bericht erstatten. Die Finanzdirektion organisiert eine Sitzung mit dem Stawiko-Präsidenten und dem Leiter der Finanzkontrolle, um die Themen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

#### 4.5. Verhältnis der Direktionen zur Datenschutzstelle

Einzelne Stawiko-Delegationen wurden darüber informiert, dass das Verhältnis zur Datenschutzstelle als eher angespannt gilt.

➔ **Aufforderung an den Regierungsrat:**

Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, bei den Direktionen eine Umfrage zu ihrem Verhältnis zur Datenschutzstelle durchzuführen und mögliche lösungsorientierte Ansätze in Erfahrung zu bringen. Die Stawiko ist darüber bis zur Beratung des Budgets 2022 am 3. November 2021 in geeigneter Form zu informieren.

## **5. Jahresbericht des Regierungsrats (Seiten 5–32)**

Die Stawiko hat von folgender Berichterstattung des Regierungsrats zum Geschäftsjahr 2020 Kenntnis genommen:

- Vorwort Landammanns
- Gesamtwürdigung
- Strategie 2019–2026
- Gesamtübersicht Legislaturziele
- Aussenbeziehungen
- Kantonsratsgeschäfte
- Wahlen und Abstimmungen

Dazu wurden keine Voten abgegeben.

## **6. Bericht zur Jahresrechnung (Seiten 35–48)**

Dieser Bericht des Regierungsrats gibt in kurzer Form und mit Tabellen einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Finanzhaushalt des Kantons. Die Stawiko hat dazu keine ergänzenden Bemerkungen.

## **7. Detailinformationen (Seiten 51–64)**

Die Geldflussrechnung zeigt die Vorgänge, die zur Liquiditätszunahme von 106,6 Millionen Franken (Fonds «Geld») geführt haben. Wenn auch die Veränderung der Festgelder über drei Monate sowie die Veränderungen der aufgelaufenen Rückerstattungssteuern und der Finanzverbindlichkeiten berücksichtigt werden, beträgt die Zunahme 425,1 Millionen Franken.

Bei den Kennzahlen ist unter anderem ersichtlich, dass die «Nettoschuld pro Einwohner/in» von minus 4015 auf minus 6293 Franken zugenommen hat (negative Werte bedeuten ein Nettovermögen).

Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welcher Anteil an den Nettoinvestitionen mit den im gleichen Jahr erwirtschafteten Mitteln finanziert werden kann. Das gute Ergebnis der Erfolgsrechnung hat dazu beigetragen, dass der Wert mit 547,1 Prozent sehr hoch ausgefallen ist. Gemäss Finanzstrategie ist ein Wert von 80–100 Prozent anzustreben.

Weitere Detailinformationen umfassen übersichtliche Zusammenstellungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung, einerseits nach Artengliederung und andererseits nach der institutionellen Gliederung. Ebenfalls enthalten sind Fünfjahresvergleiche der Nettoinvestitionen, der Finanzrechnung und der Bilanz.

## **8. Detailberatung nach institutioneller Gliederung (Seiten 67–380)**

Die Detailberatung der Jahresrechnung (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) wurde aufgrund des gedruckten Geschäftsberichts vom 16. März 2021 vorgenommen. Folgende Bereiche wurden an der Stawiko-Sitzung speziell diskutiert:

### **1550 Sozialamt; Soziale Dienste Asyl**

Auf Seite 107 des Geschäftsberichts wird ein Minderertrag von 3,69 Millionen Franken mit dem Wegfall der Bundesfinanzierung bei anerkannten Flüchtlingen nach fünf Jahren und der anderen Zuteilung der Integrationspauschale (Verteilung über drei Jahre statt nur einem Jahr) begründet. Die Stawiko nimmt dies mit Besorgnis zur Kenntnis und wird die Problematik der zunehmenden finanziellen Belastung des Kantons Zug weiterhin kritisch beobachten.



### **1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz**

Die Anzahl der geführten Massnahmen liegt unter dem Budget, während die Anzahl der durch das Mandatszentrum geführten Dossiers über dem Budget liegt, da aufgrund komplexer Fälle vermehrt Berufsbeiständinnen oder -beistände zugezogen werden mussten. Diese führten pro 100 Stellenprozente je 85 Mandate. Die Jahresrechnung schloss 2,7 Prozent tiefer ab als budgetiert. Informationen dazu finden sich auf Seite 114 des Geschäftsberichts.

### **1730 Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule**

Gemäss dem «Bildungsbericht 2018» weist der Kanton Zug die höchsten Ausgaben für Schülerinnen und Schüler (SuS) der allgemeinbildenden Schulen auf der Sekundarstufe II auf.

Im Bericht hält die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung auf der Seite 156 fest, dass man bei den auffälligen Schwankungen der Werte davon ausgehen könne, «dass die Zahlen nicht stimmen können.»

In diesem Zusammenhang stellte die Stawiko verschiedene Fragen, die von der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) im Nachgang zur Sitzung wie folgt schriftlich beantwortet worden sind:

a) Welche Informationen und Zahlen liefert die DBK?

Die DBK liefert für die kantonalen Mittelschulen die statistischen Daten (Anzahl SuS, Lehrpersonen, Klassen, Zuteilung usw.) an die Fachstelle Statistik, welche diese anschliessend über ein Portal in die nationale Bildungsstatistik (Bista) eingibt. Die Finanzdaten erhebt die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) bei allen Kantonen. Für den Kanton Zug liefert die kantonale Finanzverwaltung (KFV) jährlich die Basisdaten über eine standardisierte Exportschnittstelle an die EFV. Die EFV nimmt eine Prüfung und allenfalls Nachbearbeitung der Daten vor. Bei Bedarf liefert die KFV der EFV Details z. B. in Form von Kontoblättern.

b) Wie sind die Datenqualität und die daraus gezogenen Schlüsse zu beurteilen?

Ende Juli 2017 erhielt die DBK erstmals vom Bundesamt für Statistik (BfS) Excel-Dateien mit statistischen Auswertungen der Pro-Kopf-Bildungskosten aller Kantone. Das BfS hatte erkannt, dass zwischen den Kantonen offensichtlich diverse Unterschiede bei den finanziellen und anderen statistischen Daten bestehen, und eine Vergleichbarkeit somit erschwert ist. So wurde festgestellt, dass z. B. in sieben Kantonen die Kosten der Musikschulen nicht in den Bildungskosten sondern in den Kosten für Kultur enthalten waren. Auch zwischen den Gemeinden oder sogar innerhalb des Kantons können Inkonsistenzen auftreten. So waren die Lehrpersonalkosten der Wirtschaftsmittelschulen (WMS) bei den gymnasialen Maturitätsschulen enthalten, die entsprechenden SuS jedoch nicht. In manchen Kantonen (u.a. ZG) werden die Löhne von Schulleitungspersonen bzw. Rektoren selbst bei sehr geringen Unterrichtspensen voll zu den Lehrpersonalkosten gerechnet, in anderen Kantonen jedoch zum Verwaltungspersonal. Laut BfS wurden die verschiedenen Rückmeldungen aus den Kantonen aufgenommen und darauf basierend die Daten bzw. die Auswertungen bereinigt und überarbeitet. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die Qualität der Daten und der daraus gezogenen Schlüsse mit Vorbehalt zu betrachten sind.

c) Hat der Kanton Zug bei den kantonalen Mittelschulen tatsächlich die höchsten Ausgaben?

Aufgrund der anerkannten Unschärfe der Daten kann diese Frage nicht abschliessend beantwortet werden. Der Kanton Zug dürfte aber mit grosser Wahrscheinlichkeit im kostenmässig obersten Segment sein.

d) Wie sind diese hohen Ausgaben zu begründen?

Die wesentlichsten Einflussgrössen auf die Pro-Kopf-Kosten sind die Höhe der Löhne des Lehrpersonals und die Betreuungsquote bzw. die Klassengrösse. Anhand der Auswertung der Lohndatenerhebung der Lehrkräfte für 2021 lassen sich die durchschnittlichen Löhne des Lehrpersonals im Kanton Zug mit jenen in anderen Kantonen vergleichen. Insbesondere beim Jahreslohn im 11. Dienstjahr zeigt sich, dass die Kurve der Löhne der Berufsschul- und Mittelschullehrpersonen vergleichsweise sehr steil ist, was zur Zuger Sonderstellung führt.

Für die Mittelschulen wurde im Rahmen von Finanzen 2019 die Richtzahl für die Klassengrösse

von 18 auf 20 SuS erhöht. Die Schulen nähern sich diesem Wert kontinuierlich an und liegen heute bei 19,85.

- e) Falls die Datenqualität ungenügend und die daraus gezogenen Schlüsse falsch sind: Ist es möglich, dass der Kanton Zug sich weigert, Daten zu liefern?

Es gibt eine bundesrechtlich geregelte Mitwirkungspflicht bei der Erhebung von statistischen Daten. Auch wenn die Daten und Auswertungen keine exakten Schlüsse wie z. B. garantiert richtige Ranglisten oder Ähnliches zulassen, so dürften sie dennoch gewisse Hinweise geben oder verwertbare Erkenntnisse zulassen. Dem Kanton Zug entsteht aus der Unschärfe der Daten und Auswertung kein Schaden, der durch einen Ausstieg aus den statistischen Erhebungen abgewendet werden könnte. Ein Ausscheren des Kantons Zug wäre daher sinnlos oder gar kontraproduktiv (da eher Transparenz verloren ginge). Vielmehr ist zu hoffen, dass der Bund bzw. das BfS weiter nach einer Verbesserung der Daten, deren Vergleichbarkeit und Auswertbarkeit strebt.

Für das Budget 2020 wurden die effektiv benötigten Stellen des Schuljahres 2019/20 (diese entsprechen dem Stichtagswert per 31.12.2019) mit 7/12 gewichtet sowie die geschätzten Werte für das Schuljahr 2020/21 mit 5/12 gewichtet (entspricht Stichtagswert per 31.12.2020). Die beiden gewichteten Werte zusammenaddiert ergeben den Budgetwert. Die Berechnung führt bei wachsenden Schulen systematisch zu einer zu tiefen Budgetzahl gegenüber dem Stichtagswert.

- Die Stawiko fordert die Finanzdirektion auf, diese Methode zur Budgetierung zu überprüfen und allenfalls eine genauere Budgetierungsmethode anzuwenden. Wir bitten um Rückmeldung anlässlich der Budget-Sitzung vom 3. November 2021.

### **1777 Amt für Berufsbildung**

Auf Seite 144 des Geschäftsberichts ist unter Bst. B folgende Zielsetzung erwähnt: «In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulen werden Jugendliche und junge Erwachsene in der Entwicklung ihrer Laufbahngestaltungskompetenzen unterstützt.» Dieses Ziel konnte im Jahr 2020 infolge vieler Wechsel im Personalbereich nicht umgesetzt werden. Die Stawiko fragt sich, ob damit negative Folgen verbunden sind. Falls nicht, wäre kritisch zu hinterfragen, ob diese Zielsetzung tatsächlich notwendig ist. Die Stawiko-Delegation wird zu diesem Thema an der Visitation zum Budget 2022 Auskunft verlangen.

### **2072 Handelsregister- und Konkursamt**

Bei der Beschaffung der neuen Fachanwendung für Konkursverfahren ergaben sich anbieterseitig Probleme, die inzwischen gelöst werden konnten. Auf Nachfrage hat der Finanzdirektor bestätigt, dass eine Lücke im Prozessablauf erkannt und behoben worden sei.

Die Einführung der neuen Fachanwendung verlief im September 2020 reibungslos. Sie funktioniert gut und die Verfahren können damit wieder vollumfänglich durchgeführt werden.

### **30 Baudirektion**

Auf Seite 205 des Geschäftsberichts wird ersichtlich, dass die budgetierten Investitionen im Baubereich im Jahr 2020 um rund 30 Prozent oder 25,3 Millionen Franken unterschritten worden sind. Für die Stawiko-Delegation ist eine solche Differenz nicht akzeptabel.

- Aufforderung an die Baudirektion:

Die Stawiko-Delegation erhält mit dem Budget 2022 Informationen, wie die Baudirektion die Höhe der budgetierten Investitionsausgaben als Gesamtes (d.h. nicht auf die einzelnen Investitionsbudgets heruntergebrochen) auch umsetzen kann.

Der Stawiko-Delegation wurde eine Berechnung der Spezialfinanzierung Strassenbau (aktualisiert per 7. Oktober 2020) vorgelegt. Die Basis zur Berechnung war das Budget 2021 (Stand 19. Mai 2020). Darin sind neu auch die langfristigen Projekte der 3. Priorität eingerechnet, welche ab 2031 einen Einfluss haben. Es handelt sich hier um Projekte wie die Umfahrung Unterägeri oder die Ostumfahrung Rotkreuz. Auf der Einnahmenseite sind auch die Entwicklung der Elektromobilität und deren Besteuerung wichtig. Die Sicherheitsdirektion ist daran, den Umgang damit zu klären. Eine vertiefte Prüfung der Entwicklungsszenarien der Strassenbaufinanzierung ist in Arbeit.

➔ **Aufforderung an die Baudirektion:**

Bezüglich der Spezialfinanzierung Strassenbau erwartet die Stawiko-Delegation bei der Visitation zum Budget 2022 eine aktualisierte und mit der Sicherheits- sowie der Finanzdirektion abgestimmte Berechnung.

### 3050 Amt für Umwelt

Auf Seite 206 des Geschäftsberichts wird erwähnt, dass die Mittel des Gebäudeprogramms bereits im Oktober ausgeschöpft waren. Beitragsgesuche für Gebäudesanierungen konnten aber dennoch weiter eingereicht werden. Die Stawiko stellte verschiedene Fragen, die von der Baudirektion im Nachgang zur Sitzung schriftlich beantwortet wurden:

a) Allgemeine Erläuterungen:

«Grundsätzlich gilt: Die Auszahlung der Beiträge aus dem Gebäudeprogramm erfolgt erst nach Abschluss des Projekts. Je nach Art des Fördergegenstands kann dies bis zu zwei Jahre dauern. Begründet sind auch Fristverlängerungen möglich. Der Bund anerkennt Förderbeiträge, die innerhalb von fünf Jahren nach der Zusicherung ausbezahlt werden. Es kommt jedoch auch vor, dass ein Projekt nicht realisiert und der zugesicherte Beitrag nicht abgeholt wird (bis 10 Prozent der zugesicherten Summe; Erfahrungswert aus früheren Jahren). Das Bundesamt für Energie (BFE) überweist dem Kanton die Bundesbeiträge (sogenannte Globalbeiträge). Auf der Basis der Globalbeiträge und allfälliger kantonalen Mittel stellt die Baudirektion Zusicherungen für Förderbeiträge aus. Die Baudirektion verbucht die Bundesmittel zunächst als Passivposition in der Bilanz. Erst mit der Auszahlung werden die Förderbeiträge erfolgswirksam in der Investitionsrechnung verbucht. Gleichzeitig werden dann auch die dazugehörigen Bundesmittel erfolgswirksam als Einnahmen von der Bilanz in die Investitionsrechnung umgebucht. Für die Abrechnung mit dem Bundesamt für Energie werden die Auszahlungen dem Zusicherungsjahr zugeordnet. Das BFE erstellt dazu für jedes Beitragsjahr zunächst eine provisorische und nach fünf Jahren eine definitive Schlussabrechnung über die Verwendung der Globalbeiträge. Aktuell hat das BFE die definitive Schlussabrechnung des Jahrgangs 2015 vorgelegt.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die zur Verfügung stehenden Mittel (Budget BFE), die zugesicherten sowie ausbezahlten Beträge (alle Beträge in Franken). Kursiv bedeutet laufendes Jahr (Stand 4. Juni 2021):

Jahr	Budget	Zusicherung	Auszahlung					Pendente Auszahlungen	
			2017	2018	2019	2020	2021	Betrag	Prozent
2017	4'072'000	2'162'220	488'237	764'760	725'940	-	-	183'283	8%
2018	2'835'254	1'435'480	-	473'680	431'940	442'260	9'900	77'700	5%
2019	1'624'040	1'581'840	-	-	349'260	908'280	133'380	190'920	
2020	1'585'286	1'586'608	-	-	-	752'548	554'880	279'180	
2021	2'483'118	1'155'440	-	-	-	-	60'560	1'094'880	
Total			488'237	1'238'440	1'507'140	2'103'088	758'720		

Im Jahre 2020 war das Budget 2020 Ende September beinahe ausgeschöpft. Ab Oktober 2020 konnten Gesuche für das Gebäudeprogramm zwar eingereicht werden, die Zusicherungen erfolgten jedoch erst im Jahr 2021. Diese Förderbeiträge werden daher dem Jahr 2021 angerechnet. (Ausnahme: Gesuche bis 1500 Franken. Diese konnten bis Ende Jahr im Rahmen des Budgets 2020 zugesichert werden.)»

b) Wie viele Beiträge wurden 2020 ausbezahlt?

«Total Auszahlung 2020: Fr. 2'103'088;

davon Auszahlung von Beiträgen, welche im Jahr 2020 zugesichert wurden: Fr. 752'548 »

c) Wie viele Beiträge wurden im Jahr 2020 bewilligt, die erst im 2021 ausbezahlt werden? Wie erfolgt diese Verbuchung?

Wie eingangs erwähnt, werden sich die Auszahlungen für Beiträge, welche im Jahr 2020 bewilligt wurden, über das Jahr 2021 hinaus erstrecken. Am 4. Juni 2021 sind noch Auszahlungen im Umfang von 279'180 Franken offen. »

d) Wie sieht die Situation im Jahr 2021 aus?

Für das Jahr 2021 stehen 2'483'118 Franken zur Verfügung. Bis dato sind 1'155'440 Franken zugesichert, für ca. 100'000 Franken befinden sich Anträge in Prüfung. Zur Jahreshälfte ist also die Hälfte des Budgets zugesichert. Eine Prognose für die weitere Entwicklung ist schwierig da die Anzahl der eingereichten Gesuche sowie die Höhe der auszahlenden Beträge nicht vorhersehbar sind; ein einzelnes grosse Gesuch kann zur Erschöpfung des Budgets führen. »

e) Welche Massnahmen sind für das Jahr 2022 geplant?

Im Zusammenhang mit der Revision des Energiegesetzes (voraussichtliches Inkrafttreten 1. Januar 2022) ist ein Ausbau des Gebäudeprogramms geplant. Es wurden 3,5 Millionen Franken kantonale Mittel budgetiert. Wird das Budget 2022 genehmigt, sind vom Bund neben dem Sockelbeitrag (proportional zur Bevölkerung) zusätzlich entsprechende Ergänzungsbeiträge zu erwarten. »

### **3060 Hochbauamt**

Auf Seite 238 des Geschäftsberichts wird beim Ziel L108 die Nutzung des alten Kantonsspital-Areals erwähnt. Die Stawiko erkundigte sich, wie hier der aktuelle Stand und der aktualisierte Zeitplan für das weitere Vorgehen aussehen. Die Baudirektion informierte im Nachgang zur Sitzung schriftlich wie folgt:

«Aktueller Stand: Im Rahmen des öffentlich ausgeschriebenen Ideen- und Investorenwettbewerbs konnten sich in der Phase 1a «Präqualifikation» Teams aus Investoren, Betreibern und Spezialisten mit einer Nutzungsskizze sowie Referenzen bewerben. Aus den zehn fristgerecht eingereichten Eingaben hat das Beurteilungsgremium sieben Teams zu einer Präsentation ihrer Vorschläge eingeladen. In der aktuell laufenden Phase 1b «Engere Auswahl» erhielten vier Teams die Möglichkeit, ihre Nutzungsidee weiter zu vertiefen und eine verbindliche Offerte zum Baurecht einzureichen.

Im Nachgang zu den Zwischenpräsentationen der Phase 1b zeigte sich, dass bezüglich der zulässigen Nutzungen im Baubereich B des Bebauungsplans noch Klärungsbedarf bestand. Um für die Teams eine verbindliche Grundlage für die Weiterbearbeitung zu schaffen, hat sich die Baudirektion deshalb entschieden, die Nutzungsvorschläge der Teams betreffend den Baubereich B juristisch beurteilen zu lassen und der Stadt Zug als Bewilligungsbehörde im Rahmen einer Bauanfrage zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Nach der Beantwortung der Bauanfrage durch die Stadt Zug konnte das Verfahren am 16. April 2021 wiederaufgenommen werden. Gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan verschiebt sich der Abschluss der Phase 1b aufgrund der Zusatzabklärungen um ca. ein Jahr auf Ende Dezember 2021 / Anfang Januar 2022. Nach der Genehmigung des Baurechtsvertrags durch den Kantonsrat übernimmt der Investor des Siegerkonzepts die Verantwortung für die Durchführung der Stufe 2 «Architekturwettbewerb/Studienauftrag». Dabei soll das konkrete Bauprojekt gefunden werden, welches die Rahmenbedingungen des Bebauungsplans sowie des ausgewählten Entwicklungskonzepts bestmöglich umzusetzen vermag.

Aufgrund der notwendigen Provisorien im Zusammenhang mit zwei kantonalen Bauvorhaben – Instandsetzung und Neubau an der Hofstrasse Zug sowie Ersatzneubau Durchgangsstation Asyl Steinhausen – kann das Areal den Investoren frühestens ab 2027 zur Bebauung freigegeben werden, so dass sich der oben erwähnte zeitliche Ablauf auf den Endtermin nicht auswirken wird.

Der aktualisierte Zeitplan für das weitere Vorgehen sieht folgendermassen aus:

- Abschluss Ideen- und Investorenwettbewerb: Ende 2021 / Anfang 2022
- Baurechtsvertrag / Entwicklungsvereinbarung: Mitte 2022
- Genehmigung Baurechtsvertrag durch Kantonsrat: Mitte 2023
- Architekturwettbewerb / Studienauftrag: Mitte 2023 – Anfang 2024
- Planung und Baubewilligung: Anfang 2024 – Ende 2025
- Ausführungsplanung und Ausschreibung: ab 2026
- Ausführung: ab 2027.»

### **3590 Zuger Polizei**

Auf der Seite 276 ist das Ziel Nr. 12 «Rasche Bearbeitung der Jugenddelikte» nur teilweise erreicht. Die Stawiko erkundigte sich über die Gründe und die Folgen und wurde von der Sicherheitsdirektion im Nachgang zur Sitzung wie folgt informiert:

«Gründe: Der Dienst Jugenddelikte hat aufgrund von Weggängen des Dienstchefs und weiteren Mitarbeitenden aus dem Dienst in andere Funktionen innerhalb der Zuger Polizei im Verlauf des Jahres 2020 eine neue Dienstführung sowie vier neue Mitarbeiter erhalten. Die vier neuen Mitarbeiter konnten aufgrund der COVID-19-Massnahmen und der damit verbundenen befristeten Umlagerung der Personalressourcen innerhalb der Zuger Polizei später als geplant überhaupt erst in den Dienst Jugenddelikte mutiert und damit auch ausgebildet werden. Die Ausbildung der Mitarbeiter des Dienstes Jugenddelikte bedarf mehrerer Monate, da es sich um ausgewiesene Spezialistenstellen handelt. Dies führte zu einem zeitweiligen Unterbestand in diesem Dienst, welcher durch die Abteilung Kriminalpolizei jedoch aktiv unterstützt wurde. Im Jahr 2020 wurde schweizweit ein Anstieg der Jugendkriminalität beobachtet. Gründe hierfür sind bis anhin bloss Annahmen und dürften mit den durch COVID-bedingten Massnahmen hervorgerufenen fehlenden Strukturen für die Jugendlichen (keine Möglichkeit zur Ausübung der sonstigen Freizeitaktivitäten, fehlende soziale Kontrolle durch Homeschooling etc.) liegen. Im Kanton Zug war eine Anhäufung von in Gruppen begangenen Delikten im Bereich Sachbeschädigungen sowie von Delikten gegen Leib und Leben zu beobachten. Beide Deliktsbereiche bedingen oft komplexe Ermittlungsverfahren, was wiederum ein grosser Zeitaufwand bedeutet.

Der zeitweise Unterbestand, die aufgrund der neuen Mitarbeiter noch geringere Effizienz in der Fallbearbeitung sowie die steigenden Fallzahlen führten in der Folge zu der Unterschreitung der Ziele. Die Jugendanwaltschaft und die Oberstaatsanwaltschaft war zu jedem Zeitpunkt über die Situation im Dienst Jugenddelikte informiert und ist/war auch in die Ausbildung der neuen Mitarbeiter eingebunden.

Folgen: Der wieder bestehende Sollbestand und die damit verbundenen Möglichkeiten, auch wieder vermehrt präventiv zu arbeiten und die Jugendlichen an den bekannten Orten im Rahmen von Jugendpatrouillen direkt anzusprechen, zeigen bereits Wirkung. Weiter sind die neuen Mitarbeiter bereits eingearbeitet und können die Ermittlungsverfahren effizienter bearbeiten. Die Folgen sind folglich zurzeit gering, in dem Sinne, dass im Kanton Zug sowohl die repressive als auch die präventive Tätigkeit des Dienstes Jugenddelikte im Jahr 2021 wieder im Sollbestand ausgeführt wird. Kaum zu beeinflussen sind derzeit die längerfristigen Auswirkungen von COVID-19 auf das Verhalten der Jugendlichen. Dies ist jedoch schweizweit der Fall und wird von den entsprechenden Spezialisten ständig beobachtet und entsprechende Massnahmen interkantonal besprochen und ausgeführt. Die Zuger Polizei analysiert die Situation laufend.»

Auf der Seite 277 ist das Ziel L129 «Weiterentwicklung Bedrohungsmanagement» nur teilweise erfüllt. Die Stawiko erkundigte sich über die Gründe und die Folgen und wurde von der Sicherheitsdirektion im Nachgang zur Sitzung wie folgt informiert:

«Gründe: Die Zuger Polizei verfügt erst seit dem 01.01.2020 über ein Vollstelle Sachbearbeitung Gewaltschutz. Bei der Implementierung eines Bedrohungsmanagements handelt es sich um ein direktionsübergreifendes und entsprechend umfassendes Projekt. Aufgrund der massiv steigenden

Fallzahlen im Bereich Gewaltschutz (58) konnten nebst dem operativen Geschäft und der damit verbundenen Erkenntnis, dass ein reiner Gewaltschutz keine nachhaltige Wirkung hat, keine weiteren Arbeiten für eine zukünftige Einführung eines Bedrohungsmanagements getätigt werden. Die Führung der Zuger Polizei und der Abteilung Kriminalpolizei war aufgrund der COVID Situation, der eigenen Reorganisation und anderen Projekten so stark gebunden, dass die Weiterentwicklung des Bedrohungsmanagements aus Ressourcengründen nur teilweise erfüllt werden konnte.

Folgen: Ein Bedrohungsmanagement basiert auf dem Handeln Erkennen, Einschätzen und Entschärfen. Das Entschärfen inkludiert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden, was schlussendlich zu einer nachhaltigen Wirkung führt. Mit dem bestehenden Gewaltschutz fehlt dieser dritte Punkt. Dies führt dazu, dass in den konkreten Fällen zwar interveniert, jedoch danach keine nachhaltige Betreuung stattfindet. Die gleichen Gefährder binden dadurch immer wieder bei verschiedenen Behörden und Privaten (Versicherungen etc.) Ressourcen und verursachen schlussendlich Kosten, die durch die staatliche Hand beglichen werden müssen. Im Rahmen des Projekts der Sicherheitsdirektion gegen Häusliche Gewalt wird ebenfalls eine der weiterzuverfolgenden Erkenntnisse sein, dass es für die nachhaltige Betreuung der Wiederholungsfälle ein Bedrohungsmanagement braucht. Die Zuger Polizei ist in Vorbereitung, das aufgrund der Sparmassnahmen sistierte Bedrohungsmanagementprojekt anzupassen und wieder aufzunehmen. Dabei wird es allerdings zentral sein, dass sich andere Ämter ebenfalls an diesem Projekt beteiligen.»

#### **4021 Rettungsdienst Zug**

Dem Rettungsdienst wurden im Budget 2020 zusätzliche Personalstellen bewilligt und davon waren bis auf 0,80 Stellen am Jahresende alle besetzt. Die Stawiko ist erstaunt, dass gemäss Seite 305 im Geschäftsbericht lediglich an 287 Tagen tagsüber drei Rettungsteams zur Verfügung standen anstatt an den angestrebten 366 Tagen. Dies entspricht einem Zielerreichungsgrad von 78,5 Prozent. Die Stawiko erwartet, dass im Jahr 2021 die drei Rettungsteams voll einsatzfähig sein werden.

#### **5010 Personalamt**

Auf Seite 336 des Geschäftsberichts konnten in der Zielsetzung Nr. 1 infolge eines hohen Arbeitsanfalls 40 Arbeitsverträge erst verzögert bearbeitet werden. Auf Nachfrage der Stawiko informierte die Finanzdirektion, dass es sich insgesamt um 950 Verträge handelte und dass somit das Ziel um 4,2 Prozent verfehlt worden ist. Die Gesamtzahl der abzuwickelnden Arbeitsverträge wird im nächsten Jahr bei den Einfluss- und Plangrössen erwähnt.

#### **5022 Allgemeiner Finanzbereich**

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat eine vierfache Gewinnausschüttung vorgenommen, während der Kanton Zug lediglich eine einfache Ausschüttung budgetiert hatte. Die Differenz beträgt 29,7 Millionen Franken. Es wurde ein Antrag in Aussicht gestellt, im Budget 2022 einen realistischen Betrag einzustellen. Nach der Zusicherung durch den Finanzdirektor, dass im Budget 2022 eine zweifache Ausschüttung eingestellt werde, wurde auf den Antrag verzichtet.

#### **61 Richterliche Behörden (Seiten 367–380)**

Gemäss § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) übt die Stawiko in finanziellen Belangen die Oberaufsicht (äusserer Geschäftsgang) über die Gerichte bzw. die richterlichen Behörden aus.

Die Jahresrechnung 2020 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 19,2 Millionen Franken ab. Dies ist 1,6 Millionen Franken oder 7,7 Prozent tiefer als budgetiert. Detailinformationen finden sich im Geschäftsbericht auf den Seiten 367–380.

Die Finanzkontrolle hat gemäss ihrem Bericht Nr. 15-2021 vom 15. Februar 2021 die Übernahme der Kontensaldi aus der Gerichtsbuchhaltung in die Staatsrechnung 2020 sowie die formellen Bestandesnachweise der Bilanzpositionen per 31. Dezember 2020 auf der Basis von Stichproben geprüft. Sie attestiert im Wesentlichen Ordnungs- und Rechtmässigkeit.

## **9. Bilanz (Seiten 383–387)**

Einen guten Überblick über die Bilanzstruktur findet man in der Tabelle auf Seite 41 des Geschäftsberichts. Die Verhältnisse von Finanz- zu Verwaltungsvermögen und von Fremdkapital zu Eigenkapital zeugen weiterhin von einer soliden Bilanzstruktur.

Das Finanzvermögen hat um 649,2 Millionen auf rund 2,4 Milliarden Franken zugenommen. Bei der Zunahme der Übrigen Forderungen betreffen 514,4 Millionen Franken aufgelaufene Rückerstattungssteuern beim Bund, die infolge der aktuellen Zinssituation (Negativzinsen) dort belassen werden.

Das Eigenkapital ist um 44,7 Millionen Franken angestiegen und beträgt per Jahresende rund 1,3 Milliarden Franken. Davon sind 210,5 Millionen in Spezialfinanzierungen gebunden, namentlich für den Strassenbau. Bei der Position «Total Bilanzüberschuss» handelt es sich um das freie Eigenkapital, das sich per Ende Jahr auf 1,08 Milliarden Franken beläuft.

Die wichtigsten Bilanzveränderungen gegenüber dem Vorjahr sind auf der Seite 387 kurz erläutert.

## **10. Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 391–406)**

### **10.1. Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten**

Auf den Seiten 403–406 sind Status und Abrechnung der Verpflichtungskredite aufgelistet. Gemäss § 28 Abs. 8 des Finanzhaushaltgesetzes werden abgerechnete Verpflichtungskredite bis zu 10 Millionen Franken im Anhang zur Jahresrechnung aufgeführt und dem Kantonsrat zur Genehmigung beantragt. Dieses Jahr handelt es sich um

- Rahmenkredit über 10,0 Millionen Franken für die Förderung von Massnahmen für einen geringeren Energiebedarf, der mit 9,9 Millionen Franken beansprucht worden ist;
- Rahmenkredit über 1,0 Millionen Franken für die Aufnahme des Sachplans Übertragungsleitung Elektrizität, dessen Ausgaben knapp 600 000 Franken betrugen;
- Objektkredit über 1,0 Millionen Franken für den Beitrag an die Aufbaukosten des OYM-College. Dieser Beitrag wurde zulasten der Erfolgsrechnung ausbezahlt;
- Objektkredit über 9,8 Millionen Franken für die Planung und Realisierung des Schulraumprovisoriums der Kantonsschule Zug (KSZ), der mit 8,1 Millionen Franken beansprucht wurde;
- Objektkredit über 4,0 Millionen Franken für den Ausbau der SBB-Strecke Thalwil Zug. Die effektiven Ausgaben betrugen knapp 1,5 Millionen Franken;
- Objektkredit über 2,85 Millionen Franken für die Liberierung des Aktienkapitals des Psychiatriekordats.

Die Kreditabrechnungen wurden durch die Finanzkontrolle geprüft.

- Die Stawiko beantragt dem Kantonsrat, diese sechs abgeschlossenen Verpflichtungskredite zu genehmigen.

## **11. Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten (Seiten 409–417)**

### **11.1. Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug)**

Die PH Zug wird, analog zu den Ämtern der kantonalen Verwaltung, mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Sie ist dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule der Direktion für Bildung und Kultur administrativ zugeordnet.

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 8,7 Millionen Franken ab und liegt damit um 0,3 Millionen Franken unter dem Budget. Der Saldo der PH Zug entspricht dem Kantonsbeitrag, der in der Kostenstelle 1730 dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule belastet wird. Die PH Zug weist eine Bilanzsumme von rund 5,2 Millionen Franken auf, rund eine Million Franken höher als im Vorjahr. Details dazu finden sich auf Seite 415 der Vorlage.

### **11.2. Justizvollzugsanstalt Bostadel (vormals Interkantonale Strafanstalt)**

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (siehe Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 272 000 Franken ab. Der Kanton Zug trägt davon den vertraglich vereinbarten Anteil von einem Fünftel oder rund 54 000 Franken. Die Verbuchung erfolgt im Amt für Justizvollzug (Amtsnummer 3596) der Sicherheitsdirektion. Die Jahresrechnung wurde von den Finanzkontrollen der beiden Kantone revidiert. In ihrem Bericht Nr. 38-2021 vom 7. Mai 2021 halten sie fest, dass die Jahresrechnung Gesetz und Vertrag entspricht.

### **11.3. Gebäudeversicherung Zug**

Der Regierungsrat hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2020 genehmigt und der Kantonsrat nimmt diese zur Kenntnis. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat eine separate Vorlage Nr. 3235.1 - 16585 unterbreitet, wozu die Stawiko mit einem separaten Bericht Stellung nimmt. Inskünftig wird die Stawiko-Delegation, welche die Sicherheitsdirektion visitiert, jeweils auch den Geschäftsbericht inkl. Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Zug plausibilisieren.

## **12. Separatfonds (Seiten 421–425)**

Separatfonds sind formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens und werden am Ende des Geschäftsberichts ausgewiesen. Auf Seite 421 findet sich eine kurze Gesamtwürdigung. Neben den ordentlichen Beiträgen sind im Zusammenhang mit COVID-19 1,1 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds und 0,6 Millionen Franken aus dem Sportfonds ausgerichtet worden. Die Finanzkontrolle bestätigt in ihrem Bericht Nr. 42-2021 vom 19. Mai 2021, dass die Rechnungsführung ordnungsgemäss erfolgte und empfiehlt, die Jahresrechnung 2020 mit einem Aufwandüberschuss von rund 3,3 Millionen Franken zu genehmigen.

Auf Seite 9 erwähnt die Finanzkontrolle, dass für die Finanzanlagen und deren Bewirtschaftung die von der Finanzdirektion erlassene Anlagestrategie vom 18. Dezember 2015 gilt. Am 13. September 2019 hat die Finanzdirektion die maximale Bandbreite für Aktien mit einer Ausnahmeregelung angepasst, sodass per Ende 2020 rund 74,51 Prozent der Aktiven in Schweizer Aktien angelegt und lediglich 2,37 Prozent in Obligationen. Dieses Verhältnis erscheint der Stawiko heikel.

Die Stawiko weist darauf hin, dass eine Anlagestrategie längerfristig Bestand haben muss und nicht laufend mit Ausnahmeregelungen umgangen werden sollte.



### 13. Finanzstatus

Gemäss § 38 Abs. 1 Bst. e des Finanzhaushaltgesetzes erstellt der Regierungsrat einen Finanzstatus mit den Gesamtauswirkungen von neuen Vorlagen zuhanden der Stawiko und des Kantonsrats. Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 30. September 2020 bis 6. Mai 2021 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- bzw. Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf RR- oder KR-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel die Steuererträge oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2021 um rund 23,3 Millionen Franken mehr belasten als budgetiert. Hauptgrund dafür sind die Beschlüsse des Kantonsrats im Zusammenhang mit COVID-19-Härtefallmassnahmen. Die Stawiko hat vom Finanzstatus Kenntnis genommen und legt die Übersicht diesem Bericht bei (Beilage 2).

### 14. Berichterstattung über COVID-19-Massnahmen

#### 14.1. Informationen von Alt-Landammann Stephan Schleiss

Am 2. Juni 2020 hatte der Regierungsrat einen Vorgehensplan für die Erstellung eines Berichts der Verwaltung und der Gerichte beschlossen. Damit sollte der Kantonsrat nach dem Ende der Pandemie einen Schlussbericht erhalten, in dem die Erkenntnisse und Konsequenzen aus den COVID-19-Massnahmen aufgeführt sind.

Am 2. Juli 2020 hatte das Büro des Kantonsrats die Berichts-Motion betreffend den Umgang des Kantons Zug mit der Bewältigung der COVID-19-Krise eingereicht (Vorlage Nr. 3124.1 - 16366). Sie beauftragte den Regierungsrat sowie das Ober- und das Verwaltungsgericht, ihren Umgang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise zu überprüfen und dem Kantonsrat darüber Bericht zu erstatten.

Damals gingen sowohl die Regierung als auch das Büro des Kantonsrats davon aus, dass die Pandemie definitiv vorübergeht und es sich um einen Schlussbericht handeln sollte.

Die Berichterstattung liegt in der Verantwortung des Landammanns. Aus diesem Grund hat Alt-Landammann und Bildungsdirektor Stephan Schleiss zusammen mit Finanzdirektor Heinz Tännler die Stawiko wie folgt informiert:

Aktuell zeigt sich, dass die Pandemie leider noch nicht vorbei ist. Im Herbst 2020 kam die zweite Welle und diverse Beschlüsse auf Bundes- und Kantonsebene wurden verlängert und auch erweitert.

Die vom Regierungsrat am 2. Juni 2020 in Auftrag gegebene Umfrage bei den Direktionen hat stattgefunden. Es gingen insgesamt 490 Rückmeldungen ein mit Aussagen, Erkenntnissen und Konsequenzen aus der ersten Welle. Die Auswertung und Berichterstattung verzögerte sich im September 2020 jedoch aufgrund der Erkrankung des damaligen Kommunikationsbeauftragten und der Landammann hat darauf verzichtet, den Auftrag extern zu vergeben. Bereits Mitte Oktober 2020 überstiegen dann die Neuansteckungen schweizweit die Spitzenwerte der ersten Welle und die abgefragten Erkenntnisse relativierten sich zusehends. An einen «Schlussbericht» war nicht mehr zu denken.

Anfang März 2021 klärte der Regierungsrat aufgrund eines Aussprachepapiers den Umgang mit der Auswertung: Dazu wurden die 490 Hinweise in neun Kategorien gegliedert (z. B. Kenntnisnahme, Umsetzung auf Stufe Direktion/Amt, Notorganisation, Home-Office, Digitalisierung, Gesetzgebung usw.). Der Regierungsrat beschloss, auf einen einzigen Bericht zu verzichten, denn es war klar, dass die Berichterstattung sich aufgrund der noch immer andauernden Pandemie über mehrere Jahre hinziehen wird.

Es wurde folgendes weitere Vorgehen vereinbart:

- Jeweils im Geschäftsbericht und im Budget wird der Regierungsrat den Kantonsrat und die Öffentlichkeit in einem separaten Kapitel über die relevanten Aussagen, Erkenntnisse und Konsequenzen bezüglich der COVID-19-Massnahmen informieren.
- Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat mit einem Zusatzbericht beantragen, die Berichts-Motion Nr. 3124.1 - 16366 erheblich zu erklären. Ein zusammenfassender Schlussbericht soll jedoch erst erstellt werden, wenn die Pandemie definitiv überstanden sein wird.

#### 14.2. Zwischenbericht der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat am 27. Mai 2021 einen Zwischenbericht zu den Unterstützungsmassnahmen infolge COVID-19 in folgenden Bereichen verfasst<sup>1</sup>:

- Stützungsfonds
- Härtefallprogramm
- Startup-Bürgschaften
- Kitas
- Kultur
- Sport

Folgende Übersicht zeigt die Kantonsanteile (Stand 15. Mai 2021):

Massnahmen	Zuständigkeit	SOLL (Kredit) in Mio. Franken	IST (Ausgaben) in Franken (netto)	Anzahl Gesuche eingereicht/gutgeheissen
«Stützungsfonds»	FD / FDS	20,0 / 2,0 <sup>3</sup>	505 653.00	291 / 144
«Härtefallprogramm»	FD / FDS	81,1	72 123 650.00	658 / 513 (inkl. Zusagen)
«Startup-Bürgschaften»	FD / FDS	5,0	Anhang: 4,5 Mio. <sup>4</sup>	88 / 38 (ggf. 37 oder 41) <sup>4</sup>
«Kitas»	DI / KSA	4,5	3,541 Mio.	67 / 67
«Kultur» (Separatfonds)	DBK / AKU	5,0	1 282 290.40	
«Phase 1» (2020)			1 023 790.60	95 / 61
«Phase 2» (2021)			258 499.80	53 / 37
«Sport» (Separatfonds)	GD / ASG	5,0	679 350.00	
«Phase 1» (2020)			611 320.00	39 / 34
«Phase 2» (2021)			68 030.00	12 / 8

Die Finanzkontrolle weist darauf hin, dass ihre Prüfungshandlungen sich auf einen Review (prüferische Durchsicht) der vorgenannten Unterstützungsmassnahmen bezüglich Vorgaben, Organisation, Dossierführungen sowie der definierten Prozesse und internen Kontrollen beschränkten. Prüfziel war, im Rahmen eines Zwischenberichts die Rechtmässigkeit der Soll-Kredite und die Zweckmässigkeit der Vorgehensweise zu bestätigen.

Die FIKO stellte unter anderem fest, dass der Regierungsrat den Stützungsfonds als Notstandskredit gemäss § 29 Abs. 1 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; BGS 611.1) beschlossen hat. Dafür hätte er gemäss § 29 Abs. 2 im Nachhinein einen Verpflichtungskredit gemäss § 28 FHG beim

<sup>1</sup> Nicht Gegenstand dieser Prüfungen waren folgende Unterstützungsmassnahmen: Kurzarbeitsentschädigung, Erwerbsersatz, COVID-19-Kredite, Kreditausfallgarantie und Steuerpaket.

Kantonsrat einholen müssen. Effektiv hat er jedoch Antrag auf einen Nachtragskredit gemäss § 34 FHG gestellt.

Bezüglich den Beiträgen für Härtefälle steht noch die zweite Lesung im Kantonsrat zur Erhöhung des Rahmenkredits von 81,1 auf 150 Millionen aus, die am 24. Juni 2021 traktandiert ist.

Per 15. Mai betrugen die Auszahlungen und Zusagen insgesamt bereits 87,8 Millionen Franken. Gesuche konnten bis zum 31. Mai 2021 eingereicht werden.

Die Stawiko wurde informiert, dass der Regierungsrat – wiederum gestützt auf § 29 FHG – einen Notstandskredit beschlossen hat, um die Beiträge an die Zuger Unternehmen ohne Unterbruch auszahlen zu können. Der Rahmenkredit wird durch diese Auszahlungen jedoch lediglich zeitlich beschränkt überschritten, denn die Rückerstattungen des Bundes werden in der zweiten Jahreshälfte 2021 erwartet.

Die Stawiko hat unter Ziff. 2 dieses Berichts ihre Erwartung formuliert, dass die Prozesse so organisiert sind, dass Missbräuche bei den COVID-19-Härtefällen ausgeschlossen werden können. Der Finanzdirektor wird die engere Stawiko an einer der nächsten Sitzungen über die getroffenen Massnahmen informieren.

Der Bericht der Finanzkontrolle wurde von der Stawiko zur Kenntnis genommen. Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Rechtmässigkeit der Ausgaben und die Zweckmässigkeit der Vorgehensweise bei den COVID-19-Unterstützungsmassnahmen im Wesentlichen bestätigt wurden.

## **15. Anträge**

Gestützt auf diesen Bericht beantragt die Stawiko Folgendes:

1. mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, den Geschäftsbericht 2020, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung (Vorlage Nr. 3224.1 - 00000), zu genehmigen;
2. mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, die sechs im Anhang zur Jahresrechnung auf den Seiten 404–406 als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
3. mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, die Jahresrechnung 2020 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
4. mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, die Jahresrechnung 2020 der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu genehmigen.

Steinhausen, 2. Juni 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Andreas Hausheer

Beilagen:

- 1) Personalstellenübersicht per 31. Dezember 2020
- 2) Finanzstatus per 6. Mai 2021 (Übersicht)

## Beilage 1

## Personalstellenübersicht der kantonalen Verwaltung per 31.12.2020 (Stand 29.01.2021)

## Bemerkungen:

- Enthalten sind alle Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen)
- Nicht enthalten sind die Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personal in Ausbildung
- Die internen und externen Sozialstellen sind in der Kostenstelle 5011 Allgemeiner Personalaufwand enthalten
- Die Spalten "Ist 31.12.xx" sind Momentaufnahmen und geben **keine** Auskunft über die belegten Jahresdurchschnittspensen

Amts-Nr.	Direktion / Amt	Ist 31.12.16	Ist 31.12.17	Ist 31.12.18	Ist 31.12.19	Budget 2020	Ist 31.12.20	Diff. Ist 31.12.20 zu Budget 20	Budget 2021
<b>11</b>	<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>37.85</b>	<b>35.85</b>	<b>36.10</b>	<b>33.70</b>	<b>37.25</b>	<b>36.10</b>	<b>-1.15</b>	<b>39.55</b>
1120.0900	Kanzlei (bis '18 inkl. Kommunik.stelle RR)	25.20	23.60	22.95	21.35	21.35	20.95	-0.40	22.45
1126	Staatsarchiv	9.50	9.50	10.40	8.55	11.25	10.85	-0.40	11.95
1128	Ombudsstelle	1.55	1.15	1.15	1.20	1.55	1.20	-0.35	1.55
1129	Datenschutzstelle	1.60	1.60	1.60	1.60	2.10	2.10	-	2.60
1130	Kommunikationsstelle des Regierungsrats				1.00	1.00	1.00	-	1.00
<b>15</b>	<b>Direktion des Innern</b>	<b>171.85</b>	<b>186.30</b>	<b>203.70</b>	<b>200.60</b>	<b>205.75</b>	<b>205.10</b>	<b>-0.65</b>	<b>210.65</b>
1500	Direktionssekretariat	15.80	15.20	15.15	12.40	13.65	14.20	0.55	13.15
1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	30.35	30.60	30.50	29.45	30.50	31.10	0.60	31.80
1530.0300	Amt für Wald und Wild	16.90	17.45	17.15	18.10	18.40	18.40	-	18.40
1550	Sozialamt	48.40	55.75	72.50	71.80	72.50	69.10	-3.40	74.80
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	33.80	39.85	41.75	42.95	43.25	44.85	1.60	43.75
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	26.60	27.45	26.65	25.90	27.45	27.45	-	28.75
<b>17</b>	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>	<b>300.77</b>	<b>300.51</b>	<b>304.52</b>	<b>302.14</b>	<b>306.04</b>	<b>311.59</b>	<b>5.55</b>	<b>312.31</b>
1700.0300	Direktionssekretariat	4.85	4.85	4.85	4.90	4.80	4.80	-	4.90
1730	Mittelschulen und PH	245.57	244.21	250.32	251.74	255.74	261.09	5.35	260.81
1740	Amt für gemeindliche Schulen	26.35	27.45	25.60	26.45	26.45	26.55	0.10	27.55
1777	Amt für Berufsberatung	13.00	13.00	12.80	13.00	13.00	13.10	0.10	13.00
1780	Amt für Sport (ab 2019 neu 4051)	4.90	4.90	4.90					
1790	Amt für Kultur	6.10	6.10	6.05	6.05	6.05	6.05	-	6.05
<b>20</b>	<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>325.66</b>	<b>321.39</b>	<b>318.19</b>	<b>310.93</b>	<b>326.34</b>	<b>322.99</b>	<b>-3.35</b>	<b>330.92</b>
2000	Direktionssekretariat	6.15	6.25	6.25	5.90	6.25	6.00	-0.25	6.25
2011	Amt für Berufsbildung	11.40	10.60	10.60	10.50	11.30	10.40	-0.90	11.10
2012	Amt für Brückenangebote:	27.16	25.96	25.66	25.69	27.54	24.53	-3.01	27.54
2012.0310	- Administration	1.75	1.75	1.85	1.85	1.85	1.85	-	1.85
	- Lehrpersonen	25.41	24.21	23.81	23.84	25.69	22.68	-3.01	25.69
2013	GIBZ:	115.87	116.38	118.47	118.46	118.17	119.96	1.79	122.45
	- Administration	24.30	23.00	25.00	24.40	25.50	25.40	-0.10	25.50
	- Lehrpersonen	91.57	93.38	93.47	94.06	92.67	94.56	1.89	96.95
2015	LBBZ:	13.75	15.25	15.25	15.45	18.10	18.05	-0.05	18.60
	- Administration	6.85	8.05	7.95	7.95	10.50	9.45	-1.05	10.50
	- Lehrpersonen	6.90	7.20	7.30	7.50	7.60	8.60	1.00	8.10
2019	KBZ:	74.78	72.50	67.51	65.48	70.13	69.85	-0.28	70.13
	- Administration	12.70	12.50	12.50	13.00	12.45	12.90	0.45	12.60
	- Lehrpersonen	62.08	60.00	55.01	52.48	57.68	56.95	-0.73	57.53
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	16.70	15.70	15.70	15.20	15.75	15.00	-0.75	15.75
2031	Arbeitslosenkasse	22.20	20.80	21.10	22.10	24.30	24.50	0.20	24.30
2035	Amt für öffentlichen Verkehr (ab '19 in 3081)	4.55	4.10	4.10					
2050	Landwirtschaftsamt	5.80	5.75	5.55	5.75	5.75	5.65	-0.10	5.75
2065	Amt für Wohnungswesen (ab 19 in 3081)	2.50	2.70	2.40					
2072	Handelsregister- und Konkursamt (ab 2017)		25.40	25.60	26.40	29.05	29.05	-	29.05
2072.0900	- Handelsregisteramt	13.70	14.45	14.75	15.55	16.20	16.20	-	16.20
2072.0910	- Konkursamt	11.10	10.95	10.85	10.85	12.85	12.85	-	12.85
<b>30</b>	<b>Baudirektion</b>	<b>155.60</b>	<b>156.85</b>	<b>154.65</b>	<b>158.65</b>	<b>164.90</b>	<b>165.05</b>	<b>0.15</b>	<b>166.80</b>
3000.0300	Direktionssekretariat	12.20	11.45	10.95	12.15	12.45	12.45	-	12.45
3020	Tiefbauamt (bis 2018 inkl. Strassenunterh.)	64.55	65.30	65.15	63.75	66.25	65.75	-0.50	66.25
3050.0300	Amt für Umwelt	19.60	18.10	17.70	18.10	19.10	19.20	0.10	19.60
3060.0300	Hochbauamt	44.00	47.20	45.70	46.55	48.05	48.60	0.55	49.45
3080	Amt für Raumplanung	15.25	14.80	15.15					
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr				18.10	19.05	19.05	-	19.05
<b>35</b>	<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>408.40</b>	<b>399.32</b>	<b>406.03</b>	<b>409.50</b>	<b>421.90</b>	<b>428.13</b>	<b>6.23</b>	<b>432.80</b>
3500	Direktionssekretariat inkl. Eichamt (bis 2018)	9.10	8.90	8.70	8.35	8.40	8.40	-	8.55
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	16.00	16.00	15.90	15.70	15.70	15.70	-	16.90
3581	Strassenverkehrsamt	42.10	41.80	42.80	42.40	43.40	43.50	0.10	43.70
3590.0900	Zuger Polizei	303.50	294.92	301.05	305.35	314.35	320.68	6.33	323.25
3592	Amt für Migration	18.00	18.00	17.88	17.80	20.20	20.00	-0.20	20.20
3596	Amt für Justizvollzug (ab 2016)	19.70	19.70	19.70	19.90	19.85	19.85	-	20.20
<b>40</b>	<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>94.05</b>	<b>94.80</b>	<b>72.70</b>	<b>84.05</b>	<b>91.65</b>	<b>90.55</b>	<b>-1.10</b>	<b>91.95</b>
4000	Direktionssekretariat	10.00	8.50	9.45	11.10	11.95	10.75	-1.20	11.55
4005	Amt für Verbraucherschutz	16.60	17.00	15.70	16.60	18.15	18.35	0.20	18.65
4021.0300	Rettungsdienst	28.80	28.80	29.40	32.70	37.20	36.40	-0.80	37.20
4050.0300	Amt für Gesundheit	17.30	17.55	18.15	16.85	17.25	17.05	-0.20	17.25
4051.0300	Amt für Sport und Gesundheitsförderung				6.80	7.10	8.00	0.90	7.30
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	21.35	22.95						



## Beilage 2

## Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 30. September 2020 bis 6. Mai 2021

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	Aufwand gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Aufwand	Aufwand aktualisiert
2021	1'543'156	23'307	1'566'463
2022	1'589'213	3'271	1'592'484
2023	1'614'942	1'650	1'616'592
2024	1'637'586	-11'939	1'625'647
		+ Mehrertrag / - Minderertrag	
Jahr	Ertrag gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Ertrag	Ertrag aktualisiert
2021	1'576'257	0	1'576'257
2022	1'585'182	0	1'585'182
2023	1'628'548	-400	1'628'148
2024	1'716'667	-400	1'716'267
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	Ergebnis gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Total	Ergebnis aktualisiert
2021	33'101	-23'307	9'794
2022	-4'031	-3'271	-7'302
2023	13'606	-2'050	11'556
2024	79'081	11'539	90'620

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Nettoinvestitionen gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen aktualisiert
2021	97'503	3'617	101'120
2022	116'437	-6'775	109'662
2023	149'985	-9'583	140'402
2024	148'066	407	148'473

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Finanzierungs- beitrag (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2021	33'101	94'800	97'503	-2'703	97.2%
aktualisiert	9'794	71'493	101'120	-29'627	70.7%
2022	-4'031	64'400	116'437	-52'037	55.3%
aktualisiert	-7'302	61'129	109'662	-48'533	55.7%
2023	13'606	88'900	149'985	-61'085	59.3%
aktualisiert	11'556	86'850	140'402	-53'552	61.9%
2024	79'081	158'100	148'066	10'034	106.8%
aktualisiert	90'620	169'639	148'473	21'166	114.3%